

macht ist, wieder in den Händen der griechischen Truppen sind. werden sich die griechischen Truppen an die Grenze zurückziehen, es sei denn, daß ein neues Eingreifen bulgarischer regulärer Truppen oder bulgarischer Banden erfolgt. Wie der griechische Außenminister weiter ausführt, ist es angesichts dieser Sachlage ungewiss, ob die Maßnahmen der griechischen Oberleitung, die als Konzeptionshandlungen anzusehen sind, nicht im Sinne von Artikel 12 des Völkerbundespaktes als feindselige Handlungen, die zu einem Bruch führen können, zu gelten haben. Trotzdem ist die griechische Regierung im Bewußtsein ihres guten Rechtes und aus Entgegenkommen gegenüber dem Völkerbund bereit, im vorliegenden Falle die Zuständigkeit des Völkerbundes anzuerkennen.

In dem gleichen Sinne hat sich der griechische Außenminister in einem Telegramm an Briand ausgesprochen.

Ein höherer Offizier des dritten griechischen Armeekorps, der an den Ort des griechisch-bulgarischen Grenzstreitens entsandt worden ist, um die etwaige Verantwortlichkeit zu untersuchen, berichtet, daß er folgendes festgestellt habe: Zweifelsohne ist der erste Schuß von den Bulgaren am 6. Okt. 1.40 Uhr abgegeben worden und eine griechische Grenztruppe auf griechischem Gebiet erschossen worden. Der Tote ist von den Bulgaren mitgenommen worden und noch nicht wieder herausgegeben worden. Sein Äxol und seine Waffen wurden zwei Stunden nach seiner Ermordung auf griechischem Territorium wiedergefunden. Der Bericht stellt weiter fest, daß die bulgarischen Truppen gestern abend noch griechisches Territorium besetzt hielten in einer Tiefe von etwa 5 bis ungefähr 50 Metern.

Nach einer Sabotageaktion aus Uthen wird der griechische Militärattache in Bern Griechenland bei der außerordentlichen Tagung des Völkerbundesrates in Paris zusammen mit dem griechischen Gesandten in Paris Karapanos vertreten.

Kundgebung der bulgarischen Studenten in Berlin.

Die bulgarischen Studenten in Berlin veranstalteten am Sonnabend nachmittag im Anschluß an eine Protestversammlung gegen das Eindringen griechischer Truppen in bulgarisches Gebiet eine Demonstration, der sich unter Vorantragen der bulgarischen Nationalflagge durch den Berliner Westen nach der bulgarischen Gesandtschaft bewegte. Dort erklärte der Vertreter des bulgarischen Gesandten, Legationsrat Dr. Stojanoff, er könne die ihm zum Ausdruck gebrachten Gefühle vollkommen verstehen, sei aber überzeugt, daß der Völkerbund, den Bulgarien um Hilfe angerufen habe, besser gerechte Sache in die Hände nehmen und über seine Sicherheit wachen wird. Die Worte des Legationsrates wurden mit Hochrufen und dem Absingen der bulgarischen Nationalhymne aufgenommen.

Stadtverordnetenwahlen in Berlin.

Berlin, 25. Okt. Während bis zur ersten Nachmittagsstunde die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen etwa 20 Prozent der eingeschriebenen Wähler betrug, stieg der Prozentsatz im Laufe des Nachmittags bis zum Schluß der Wahlhandlung um 6 Uhr bis auf durchschnittlich 80 bis 85 Prozent. Die Wahlbeteiligung ist also im Vergleich zu den Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober 1921 nur etwas geringer, sie betrug damals 86,4 Prozent.

Im Laufe des Nachmittags hat sich ein schwerer Zusammenstoß am Kurfürstendamm in der Nähe der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche ereignet. Wenige Minuten nach fünf Uhr fuhr ein Lastkraftwagen, der mit Anhängern der Deutschnationalen Volkspartei besetzt war, den Kurfürstendamm entlang und begegnete kurz vor der Joachimstalerstraße vor dem Hause Nr. 12 drei anderen Autos, die mit Mitgliedern der kommunistischen Partei besetzt waren. Nach gegenseitigen Beschimpfungen verfolgten die Kraftwagen der Kommunisten das Auto der Deutschnationalen. Beide hielten an und es entspann sich eine blutige Schlägerei, die etwa 15 Minuten andauerte. Die Demonstranten schlugen mit Pflastersteinen, Holz- und Galmiskläffen aufeinander los, so daß eine ganze Anzahl von Personen an Kopf und am Gesicht teilweise schwere Verletzungen erlitten. Vier Deutschnationaler sind schwer verletzt. Weitere sechs Personen sind durch Glassplitter und Steinwürfe leichter verwundet worden. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ob die Kommunisten Verletzte in ihren Reihen hatten, ließ sich bisher noch nicht feststellen.

Das bisherige Stimmverhältnis in Großberlin.

Berlin, 25. Okt. Bei den Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober 1921 erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent die Deutschnationalen Volkspartei 319 278 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 266 771, das Zentrum 83 168, die Deutsche Demokratische Partei 126 696, die Sozialdemokratische Partei 353 075, die USP. 329 378, die Kommunisten 162 575, die Deutschsozialen Partei 12 802 und die Wirtschaftspartei 86 808 Stimmen.

Von den 325 Stadtverordnetenstimmen erhielten demnach die Deutschnationalen 42, die Deutsche Volkspartei 35, das Zentrum 8, die Demokraten 17, die Sozialdemokraten 46, die USP. 44, die Kommunisten 20, die Deutschsozialen 1, die Wirtschaftspartei 12.

Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 wurden in Großberlin (Wahlkreise Berlin und Potsdam 2) bei einer Wahlbeteiligung von 77,2 und 79,7 Proz. abgegeben für die Deutschnationalen Volkspartei 502 782, für die Deutsche Volkspartei 184 105, für das Zentrum 78 378, für die Deutsche Demokratische Partei 229 469, für die Sozialdemokratische Partei 611 808 und für die Kommunisten 322 836 Stimmen.

Das bisherige Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen.

Berlin, 25. Okt. Bis gegen 9 Uhr lagen von 2887 Wahlbezirken die Resultate der Stadtverordnetenwahl vor. Danach haben erhalten: SPD. 507 280, Dn. Sp. 318 720, D. Sp. 91 469, RPD. 804 149, Dem. 150 364, D. Wirtschaftsp. 88 828, Jentz. 55 868, Unabh. soz. Partei 23 224, deutschörtl. Freiheitsp. 28 586, deutschsoz. Partei 21 229, evang. Gemeinschaftsp. 18 193.

Gesamtergebnis der badischen Landtagswahl.

Karlsruhe, 25. Okt. (Umst.) Nach dem Ergebnis der heutigen Landtagswahl wird der Landtag 72 (86) Abgeordnete zählen. Es entfallen auf: Zentrum 28 (34), Sozialdemokraten 16 (21), Demokraten 8 (7), Rechtsblock (Deutschnationaler und Landbund 9 (14), Deutsche Volkspartei 7 (15), Kommunisten 4 (4), Wirtschaftliche Vereinigung 2 (1) Sitze. Somit haben die Sozialdemokraten 5, das Zentrum 6, die Demokraten 1, der Rechtsblock 5 Sitze verloren, während die Deutsche Volkspartei einen Gewinn von 2 und die Wirtschaftliche Vereinigung von 1 Sitzung zu verzeichnen haben. Insgesamt wurden heute im ganzen Lande 777 041 (901 670 im März 1923) gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten das Zentrum 283 404 (341 428), Sozialdemokraten 160 538 (231 618), Demokraten 68 842 (76 254), Rechtsblock 93 727 (151 125), Deutsche Volkspartei 72 882 (54 426), Kommunisten 47 804 (35 876), Wirtschaftliche Vereinigung 22 858 (11 428) Stimmen. Die Splitterparteien erhielten: Deutschösterreichische Freiheitspartei 6590, Deutsche Aufwertungspartei 4146, Bäckervereinigung 2329 und nationalsozialistische Arbeiterpartei 8896 Stimmen.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

München, 25. Okt. Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei wurden einstimmig drei Entschlüsse angenommen. Die erste Entschlüsse erachtet das Ergebnis der Verhandlungen von Locarno trotz schwerer Bedenken als einen Schritt vorwärts und hält die Unterzeichnung des Vertrages dann für notwendig, wenn bis zum dafür vorgesehenen Termin die Entente mit der Durchführung der sogenannten „Nichtwirkungen“ Beweise ihres Willens, zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, gegeben hat. In der zweiten Entschlüsse wird die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in der Innen- und Außenpolitik gebilligt. Die dritte Entschlüsse fordert die Reichstagsfraktion auf, den neuen Schulgesetzentwurf in der bekanntgewordenen Fassung abzulehnen.

Demokratischer Landesparteitag in Dresden.

Am Sonntag hielt die deutschdemokratische Partei für Sachsen ihren Landesparteitag im Landtagsgebäude in Dresden ab. Das erste Referat hatte Reichsminister a. D. Koch, der über die Reichspolitik und insbesondere über Locarno sprach. Seine Schilderungen über Locarno waren auf das Thema eingestellt: Deutschlands schlimmste Zeit ist vorbei, es gibt künftig keine Besiegten und keine Sieger mehr, ja, es gibt sogar keine Minderheiten mehr. Die ablehnende Haltung der Deutschnationalen wird für Deutschland drei Nachteile zeitigen: 1. Eine erneute Abfuhr Deutschlands bei den anderen Staaten, 2. ein Untergraben des Glaubens an die Vertragstreue unserer Unterhändler in Locarno und 3. eine Störung der Verhandlungen über die Befreiung der Rheinlande. Dr. Koch gab im weiteren zu, daß in Locarno herausgeholt worden sei, was herausgeholt werden konnte.

Nach einem Vortrag von Frau Dr. Ulrich-Weil über das Wesen des Staates und das Wesen der Frau, sprach Minister a. D. Dr. Seydewitz über die Landespolitik. Außerhalb des Programms sprach dann noch Finanzminister Dr. Reinhold über die Wirtschaftspolitik. Er stellte seinen Ausführungen den Satz voran, daß er als Demokrat auf dem Boden der freien und der Privatwirtschaft stehe. Ihm sei bei Schaffung des Staatswirtschaftsgegesetzes klar gewesen, daß mit Beamten sich eine Wirtschaft kaum betreiben lasse. Man sei deshalb zum kaufmännischen Betrieb in den Staatswerken übergegangen. Dr. Reinhold hob dann die Leistungen der sächsischen Werke hervor, und betonte, daß mit dem Stromnetz der sächsischen Werke der Wirtschaft außerordentlich gedient werde. Während 1923 250 Millionen Kilowattstunden an Strom geliefert wurden, seien es 1925 bereits 500 Millionen gewesen. Nach Abschluß des Wählere Kräfteverhältnisses könne man mit mehr als einer Milliarde Kilowattstunden für das Jahr, auf ganz Sachsen verteilt, rechnen.

Nach kurzer Aussprache wurde eine Entschlüsse angenommen, die sich gegen das Reichschulgesetz wendet. Weitere Anträge wurden der demokratischen Landtagsfraktion zur Kenntnisnahme und Bewertung überwiesen.

Vorbereitungen zur Räumung Älins.

London, 24. Okt. Wie das Reutersbüro aus Älin meldet, hat das Hauptquartier der englischen Truppen, die den größten Teil der Äliner Zone besetzt halten, den Befehl erhalten, die baldige Ueberführung nach Wiesbaden vorzubereiten.

Mit diesem Befehl ist der Anfang dazu gemacht, die Zusagen, die Chamberlain der deutschen Delegation in Locarno gemacht hat, zu erfüllen.

Einführung der christlichen Zeitrechnung in der Türkei. Die zur Reform des Kalenders eingesetzte Kommission hat sich für die Einführung der christlichen Zeitrechnung ausgesprochen. Sie wird im Parlament einen dahingehenden Gesetzentwurf mit Begründung vorlegen.

Die staatlichen Gebühren und die Preisentwertungaktion.

Die Verwaltungsgebühren, die von einzelnen behördlichen Stellen für die verschiedensten Zwecke berechnet werden haben bereits wiederholt Anlaß zu Vorstellungen gegeben. Die Behörden weisen diese Vorstellungen unter Bezugnahme auf die entsprechenden Ministerialverordnungen in der Regel zurück. Hierin trat auch dann keine Milderung ein, wenn die Gebühren in einem recht erheblichen Mißverhältnis zu dem Nutzen standen, den die Firmen von der gebührenpflichtigen Handlung erwarteten, geschweige denn, daß die Gebühren irgend ein Verhältnis zu der Arbeitsleistung der Beamten zu bringen waren. In einem uns gemeldeten Fall handelt es sich um eine Untersuchung von Wein, den der Angehörige einer Industriefirma von seinem Schweizer Aufenthalt nach Deutschland mitnahm. Zur Untersuchung dieses Weines mußte der betr. Herr eine Flasche zur Verfügung stellen. Der Wert einer solchen Flasche betrug 2,50 Fr. Die staatliche Landbestelle für öffentliche Gesundheitspflege berechnete für die Untersuchung auf Grund der Ministerialverordnung vom 2. Juni 1924 den Betrag von 15 Mark. Als die Landbestelle für öffentliche Gesundheitspflege auf die unbillige Höhe dieser Gebühr hingewiesen wurde, erklärte sie kurzerhand eine Herabsetzung nicht vornehmen zu können, da die Untersuchung eines Zollweines durch die Ministerialverordnung vom 12. Juni 1924 eine Gebühr von 15 Mark festsetze. Es handelte sich hierbei nicht um den Zoll, dieser Zoll wurde neben der Gebühr außerdem noch erhoben, sondern lediglich um die Gebühr, die also mehr als den siebenfachen Betrag der für die Untersuchung geopferten Flasche ausmacht.

Man scheint bei Erlassung dieser Verordnung noch sehr in Inflationsgewohnheiten gefestigt zu haben. Es ist an der Zeit, daß die Behörden, nachdem die Stabilisierung nunmehr Gott sei Dank zwei Jahre anhält, endlich auf den Schicksal begünstigter Wohlhabender auch dann verzichten, wenn es sich um ihren eigenen Geldbeutel handelt.

Der Verband sächsischer Industrieller ist, wie uns mitgeteilt wurde, gegen die unangemessene Höhe solcher Verwaltungsgebühren vorstellig geworden.

Von diesem Verband geht uns ferner eine andere, in diesem Zusammenhang gehörende Mitteilung zu, die er aus Mitgliebertreff über die Berechnung der Wasserzinsen erhält. Im Bezirk von Niederschneeberg entnehmen die Landbewohner ihr Brunnenwasser aus Staatsforsten. Während vor dem Kriege für einen Brunnen 2 Mark Wasserzins bezahlt werden mußte, fordert heute die Forstkasse den 30fachen Betrag mit 60 Mark.

Es wäre interessant, einmal festzustellen, wie die Verwaltung diesen 3000prozentigen Aufschlag auf das wertvolle Maß rechtfertigt. Es ist zu befürchten, daß die Aufschlag nicht allein festgesetzt hat, sondern nach entsprechender Verständigung mit anderen öffentlichen Wasserwerksbestitzern. Außerdem fordern die Forststellen den gesamten Betrag für 1926 bereits im September 1925, während sie doch wohl sehr genau wissen müssen, daß die Industrie und jeder Gewerbetreibende oder Landwirt möglichst lange Ziele gemähen muß, um überhaupt Geschäfte machen zu können. Man ist selbstverständlich auch diesem Falle nachgegangen.

Für die Erteilung von Erlaubnisbescheinigungen zur Ausführung von Verdünnungsmitteln sind in dem sächsischen Verwaltungskostengesetz Gebühren mit einem Höchstansatz von 1000 Mark festgesetzt worden. Es entzieht sich unserer Kenntnis, in welchem Falle dieser Höchstansatz Anwendung findet. Jedenfalls stammt er wohl aus einer Zeit, in der es der deutschen Ausfuhr wesentlich besser ging als es heute der Fall ist. Anders ist er jedenfalls nicht zu erklären. Aber auch ein erhebliches geringerer Gebührensatz erscheint unbedeutend. So ist in einem uns vom Verband sächsischer Industrieller genannten Fall eine Firma für die Erlangung dieser Ausfuhrerlaubnis eine Gebühr von 150 Mark berechnet worden, während die Firma sehr im Zweifel darüber sein muß, ob ihr eine Ausfuhr überhaupt gelinge oder ob bei jeder Ausfuhr ein Gewinn zu erzielen ist. Als die betr. Firma angeht, dieser hohen Kosten auf die Erlaubniserstellung verzichtete, erklärt das Ministerium des Innern, die Rückgabe des Erlaubnisbescheines ändere an sich an der Verpflichtung zur Kostenzahlung nichts. Das Ministerium will jedoch ausnahmsweise die Kosten auf 60 Mark herabsetzen. Diese 60 Mark seien als Entgelt für umfangreiche Erörterungen mit dem Reichsminister anzusehen. Diese Antwort spricht für sich selbst. Andere Länder präferieren die Verträge ihrer Industrie Exportverbindungen aufzunehmen, das sächsische Ministerium des Innern und das Reichsministerium stellen sog. umfangreiche Erörterungen an, für die zunächst einmal die Firmen an die amtlichen Stellen Gebühren zahlen müssen. Man fragt sich auch bei diesem Beispiel, wo bleibt die Preisentwertungaktion der Reichsregierung?

In einem Einzelfalle scheint man sich inzwischen etwas Besseres besonnen zu haben, denn die vor kurzem erfolgte Erhöhung der Verkaufspreise für Branntwein ist nach einer Bekanntmachung vom 16. Oktober wie es scheint rückgängig gemacht worden.

Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung auch bei anderen Gebühren die notwendigen Konsequenzen aus der Preisentwertungaktion zieht.

Man legt bei dieser ja sehr viel Wert auf die sogenannte physiologische Wirkung und diese wird zweifellos nicht ausbleiben, wenn auch die Regierung an zahlreichen kleinen Beispielen den Willen zur praktischen Mitwirkung immer wieder zeigt.

Berücksichtigung der Centeschäden bei Steuerzahlung.

Das sächsische Finanzministerium hat folgendes angeordnet:

Auch in diesem Jahre sind in einigen höher gelegenen Gegenden des Landes, insbesondere im Erzgebirge und im Vogtlande, der Landwirtschaft infolge anhaltender Regenwetters während der Erntezzeit zum Teil erhebliche Schäden (z. B. durch Auswachen des Getreides) zugefügt worden. Die Grundsteuerbehörden best. Begehren werden daher ermächtigt, in den beimgesuchten Gegenden von Zwangsmassnahmen gegen die von Wetterbeschäden erheblich betroffenen Landwirte vorläufig abzusehen, wenn die am 15. Oktober 1925 fällige Vorauszahlung an Grundsteuern nicht entrichtet wird. Weitere Anordnungen sollen noch folgen.

7000
Nach
katastroph
etwa 700
des Stur
einem h
durch da
gerufener
Kantonen
suchen d
dem St
Berl
Papetraf
aus eine
schlag der
Fahrtst
haben u
Ber der
Zerschlag
weibe sah
des Bah
des Geld
Berlin w
Franken
Eine Sch
leht. De
Gast
Berlin—
fen. Ma
einem Bl
schlafende
werden w
it den m
lebloß in
herbeiger
Schmih u
nur der
glücks ist
Bon
Der früh
am Sonn
Kopf und
während
aufgekl
liegen.
Täterin u
Zu
lern. In
Gruppen
in denen
Die
Holmer
29. Okt
demie der
die Vertel
Wurde
werden.
Umbe
schlossen.
Risse rep
tigt die t
berühmter
über die
welche fre
Meiße
bestellten